

Er scheint  
Dienstags und  
Freitags.  
Zu beziehen  
durch alle Post-  
anstalten.

# Weißeritz-Beitung.

Preis  
pro Quartal  
10 Rgr.  
Inserate die  
Spalten-Zeile  
8 Rgr.

Amts- und Anzeige-Blatt der königlichen Gerichts-Ämter und Stadtrathe zu  
Dippoldiswalde, Frauenstein und Altenberg.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Fehne in Dippoldiswalde.

## Wochen-Rundschau.

Das Ministerium Bismarck führt noch immer das Stenerruder des preussischen Staats. Es ist unverwundbar wie Achill und der gebornete Siegfried, die doch beide ihre wunden Stellen hatten, an denen sie sterblich waren. So einmüthig und so scharf, wie die preussische zweite Kammer gegen das Ministerium, hat sich selten eine Volksvertretung gegen die Regierung ausgesprochen. Der wesentliche Inhalt der königlichen Antwort auf die Adresse der Volksvertreter ist der: „Der König giebt nicht nach. Die budgetlose Verwaltung Seitens der Minister sei mit Genehmigung des Königs geschehen, weil er sie für verfassungsmäßig halte. Die Beschwerden über Mißbräuche in der Verwaltung seien unbegründet. Der König beklagt den Widerstreit der Ansichten, will aber die Rechte der Krone und des Herrenhauses nicht den Rechtsansichten des Abgeordnetenhauses opfern. Nachdem der König bewiesen habe, daß er die Ausgleichung wünsche, erwarte er ein Entgegenkommen des Hauses.“ Die Abgeordneten hörten schweigend, aber gewiß mit eigenthümlichen Empfindungen, die Adresse an. Um ein Gegengewicht gegen die scharfe Adresse des Abgeordnetenhauses zu bilden, wurde das Herrenhaus von den Ministern veranlaßt, auch eine Adresse zu entwerfen. Diese war denn bald fertig und in einer einzigen Sitzung berathen. Gegner fand sie gar nicht, einzelne Redner bedauerten nur, daß das Ministerium nicht noch mehr gelobt und die zweite Kammer nicht schärfer angegriffen sei. Die Adresse schwankt wie die Schaalen einer nicht in's Gleichgewicht zu bringenden Waage zwischen Verfassung und Absolutismus auf und ab. Die väterliche Autorität des Königs soll in Verfassungsconflicten den Ausschlag geben. Großartig bis zur Lächerlichkeit waren die Reden der preussischen Junker. Herr von Baldow sagte: „Im Lande würde man von dem budgetlosen Zustande nichts wissen, wenn das Feuer, das aber nicht brennen wolle, nicht von den Literaten geschürt würde.“ Der Herr sollte an das Sprichwort denken: Kein Volk, das in der Dummheit lebt, bleibt seinem Fürsten treu. Ein anderer geistreicher Redner sagte: „Die zweite Kammer wolle Gott und den König vom Throne stoßen.“ Diese Adresse wird voraussichtlich eine weit gnädigere Aufnahme finden. Wenn nicht äußere Umstände eintreten, so können sich die Preußen leicht noch einige Jahre unter dem Regimente des Herrn von Bismarck herumplagen müssen. Der Unwille, der durch's ganze Land geht, wird noch größer werden.

In Kassel ist die Trockenlegung der Ständeversammlung, wie in Preußen, an der Tagesordnung.

Seit 10 Tagen haben die Stände keine Sitzung halten können, aus Mangel an Stoff. Man erwartete die Entlassung des Ministers des Auswärtigen, des Herrn Koch, eines Mannes, der zu gewissenhaft ist, als daß er die Fortdauer des jetzigen Zustandes, der allmählich völlig unerträglich wird und die Geduld der Gemäßigten erschöpft, billigen könnte. Diese Entlassung ist erfolgt. Die Kasseler Zustände hängen von dem Binde ab, der von Berlin her weht. Siegt dort, wie es den Anschein hat, die reactionäre Partei, so ist auch ein reactionäres Ministerium in Kassel sicher. Der Kurfürst und Herr von Bismarck sind einander Feind, in der Sache aber sind sie Freunde, in der Art und Weise nämlich, die Unterthanen glücklich zu machen.

Auch Württemberg hat seine Ergebenheits-Deputationen wie Preußen und zwar schutzöllnerische. Der Spinnereibesitzer Staub hat eine mit 2621 Unterschriften bedeckte Adresse gegen den preussisch-französischen Handelsvertrag dem Minister des Auswärtigen übergeben mit der Bitte, dieselbe an den König zu bringen.

In Hannover hat das Cultusministerium zwei Ausschreiben erlassen, welche „Ruhe und Ordnung“ in den kirchlichen Fragen bringen sollen, aber ihren Zweck kaum erreichen werden, da die Verbitterung gegen die Ruckpartei im Lande zu groß ist. Beide Erlasse legen immer wieder den Nachdruck auf die zur Ruhe zu bringenden Massen, aber Hannover hat reichlich so viel Mißgriffe und Abschweifungen von geistlicher Seite erlebt, und diese scheinen mit viel zarteren Fingern angefaßt zu sein, als die von weltlicher Seite.

Aus Wien hört man, daß im Schooße des Ministeriums bereits an der Redigirung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes gearbeitet wird. Die kaiserliche Regierung giebt sich alle Mühe, Hannover zu bestimmen, daß es bei der Weigerung verharret, dem preussisch-französischen Handelsvertrag beizutreten. Dadurch glaubt es, Preußen nöthigen zu können, auch seinerseits jenen Handelsvertrag aufzugeben. Auch benutzen die österreichischen Staatsmänner, welche überhaupt klüger sind, als die preussischen Junker, in Deutschland Einfluß zu erhalten, der ihnen um so weniger schwer wird, jemehr die preussische erste Kammer gezeigt hat, wohin ihre und die Ziele der Regierung gehen. Oesterreich und die mit ihm befreundeten Staaten wollen, nachdem das Deligirtenproject gefallen ist, einen weiteren Antrag einbringen, der den Abgeordneten der Nation am Bundestage ein klein wenig mehr Rechte verspricht. — In Venedig wird nächstens der Staatsminister von Schmerling als Ueberbringer